

Die 16 Bundesländer:

Baden-Württemberg: Kooperationsvereinbarung seit 04.12.2009.

Bayern: Kooperationsvereinbarung seit 08.06.2010.

Berlin: Keine Kooperationsvereinbarung und auch keine in der aktuellen Legislaturperiode, da DIE LINKE diese ablehnt – im Gegenzug soll es sogar eine Empfehlung an die Schulen geben die Bundeswehr nicht einzuladen. Die schwarz-grüne-Bezirksregierung Berlin-Zehlendorf-Steglitz hat Schulen hingegen empfohlen die Armee einzuladen. Proteste der Schülervvertretung des Hans und Hilde Coppi Gymnasiums führten zur Absage einer Veranstaltung mit einem Jugendoffizier.

Brandenburg: keine Kooperationsvereinbarung

Bremen: hält den Abschluss einer Koopvereinbarung für entbehrlich, da sich die bisherige Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bewährt habe.

Hamburg: keine Kooperationsvereinbarung und in der aktuellen Legislaturperiode wird es (laut und wegen der Grünen in der Landesregierung) auch keine geben.

Hessen: Kooperationsvereinbarung seit 04.11.2010.

Mecklenburg-Vorpommern: Kooperationsvereinbarung seit 13.07.2010.

Ein erster Entwurf wurde Anfang Juni 2010 abgelehnt, da er das Thema Afghanistan nicht ausgewogen darstellte.

Niedersachsen: Anfrage der Grünen (April 2010) auf welcher Grundlage Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen stattfinden.

Nordrhein-Westfalen: Kooperationsvereinbarung seit 29.10.2008, die laut einem Düsseldorfer-Jugendoffizier sogar eine Idee des Schulministeriums und nicht der Bundeswehr gewesen sein soll.

Rheinland-Pfalz: Kooperationsvereinbarung seit 25.02.2010. Soweit ich gehört habe soll es Gespräche zwischen Friedensaktivisten und dem Schulministerium geben – es könnte also auch zwischen diesen Akteuren zu einer Vereinbarung kommen.

Saarland: Kooperationsvereinbarung seit 25.03.2009.

Sachsen: keine Kooperationsvereinbarung

Sachsen-Anhalt: keine Kooperationsvereinbarung

Thüringen: Kleine Anfrage von Bündnis 90/DieGrünen vom April 2010, ob eine Koopvereinbarung bestehe oder geplant sei.

Schleswig-Holstein: lehnt eine Kooperationsvereinbarung ab. Man wolle diese "institutionelle Zusammenarbeit" nicht, heißt es im Kultusministerium. Es gibt Berichte über Kasernenbesuche, bei denen die Schüler am Schießsimulator über durften.

Zusammenstellung von:

Klaus Pfisterer

Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg

Stand: 06.November 2010